

AUF ZUM INTERNATIONALEN FRAUENKAMPFTAG!

Für internationale Solidarität und ein Leben ohne Armut und Gewalt!

Wir Frauen solidarisieren uns mit den Frauen im Erdbebengebiet in der Türkei und Syrien.

Das Erdbeben im türkisch-syrischen Grenzgebiet hat Zehntausenden das Leben gekostet und weiteren Zehntausenden die Existenz geraubt. Unter denjenigen, die unter den Trümmern verschüttet waren und sind, sind viele Frauen, auch Schwangere. Das bedeutet, dass da, wo das Leid am größten ist, Frauen umso mehr leiden. Ebenso schützt eine Ausnahmesituation sie nicht vor sexualisierter und physischer Gewalt, eher im Gegenteil. Diese Situation befördert Gewalt gegen Frauen zusätzlich. Deshalb solidarisieren wir Frauen uns insbesondere mit den Frauen, die noch stärker unter den Folgen des Erdbebens und der fehlenden Hilfe durch die Regierung leiden.

Wir fordern daher eine schnelle Hilfe in den Erdbebenregionen, eine schnelle gesundheitliche und psychische Versorgung der Betroffenen - allen voran der Frauen - und die schnelle Unterbringung von Frauen in leerstehenden Wohnungen!

Teuerung und Armut betreffen Frauen ganz besonders!

Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Aktuell liegt der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen bei 18%.

Die 100 Milliarden, die als „Sondervermögen“ der Aufrüstung und der Militarisierung zu Gute kommen, fehlen in der Dienstleistung und öffentlichen Daseinsversorgung, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind.

Der Anteil der Frauen in der Dienstleistung und öffentlichen Daseinsvorsorge wie im Gesundheits- und Erziehungswesen, in der Kranken- und Alterspflege, in der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit sowie im Verkauf und der Gastronomie ist überdurchschnittlich hoch - nicht aber ihre Löhne und Gehälter. In Zeiten erdrückender Inflation steigt damit auch die Armutsgefahr bei Frauen trotz Arbeit. Dies trifft vor allem auch auf Arbeiten und Tätigkeiten im Öffentlichen Dienst zu, die mehrheitlich von Frauen verrichtet werden: als Erzieherin, Hauswirtschafterin, als Pflegerin oder Reinigerin. Wir unterstützen daher die Forderungen der Kolleg:innen in der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst nach 10,5%, mindestens aber 500 Euro!

Wir Frauen fordern existenzsichere Löhne und Gehälter und fordern:

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!

Sozialversicherung ab dem 1. Euro!

Die Ausweitung von kostenfreien Betreuungsplätzen!

100 Milliarden für ein existenzsicheres Leben von Frauen!

Gewaltfrei leben! Wir kämpfen weiter!

In Deutschland erlebt jede dritte Frau über 16 Jahren einmal in ihrem Leben sexualisierte und/oder physische Gewalt. In vielen Fällen von einem aktuellen oder ehemaligen Partner. Jeden dritten Tag wird eine Frau vom Partner bzw. Expartner getötet. Im vergangenen Jahr waren es 139 Frauen. Die Vorgaben der u.a. von den EU-Staaten unterzeichneten Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt werden in Deutschland seit Jahren nicht erfüllt. Frauen, die Gewalt ausgesetzt sind, erhalten nicht den notwendigen Schutz. In einigen Städten gibt es keine oder nicht ausreichende Frauenhäuser. Unser Verband fordert daher die Bundesregierung auf, ihren verpflichtenden Auftrag vollständig nachzugehen und auf allen Ebenen Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und betroffenen Frauen Schutz und Unterstützung zu bieten. Dazu gehört der bedarfsgerechte und flächendeckende Ausbau von Beratungsstellen und Frauenhäusern.

Gewaltfreies Leben! Nein zu Krieg und Ausbeutung!

Die Folgen des Kriegs, der Wirtschaftssanktionen und des 100 Milliarden-Sondervermögens für die Bundeswehr und Aufrüstung haben in den Geldbeutel der Beschäftigten, Frauen und Jugendlichen große Löcher gerissen. Während die Politik und Konzerne die Bevölkerung zu Sparsamkeit und Verzicht ruft, machen vor allem Auto-, Energie- und Rüstungskonzerne milliardenschwere Geschäfte und Gewinne mit dem Krieg. Was ist das für eine Logik, wenn Rüstungskonzerne sich über Milliardenschwere Aufträge und Gewinne die Hände reiben, aber zeitgleich Millionen Frauen, Kinder und ältere Menschen in den Kriegsregionen weltweit jegliche Lebensgrundlage verlieren und in die Flucht getrieben werden!?

Als DiDF fordern wir daher die sofortige Beendigung des Kriegs und den Stopp von Waffenexporten in Kriegsgebiete. Statt Geld in die Rüstung braucht es mehr Geld für bezahlbaren Wohnraum, für mehr Frauenhäuser und Hilfeeinrichtungen für Frauen und Kinder, für Bildung und Gesundheit und für den Ausbau von bezahlbarem Nahverkehr.

Lasst uns deshalb für all diese und weitere Forderungen zusammen auf die Straßen gehen. Kämpfen wir am 8. März Hand in Hand für ein Leben ohne Armut und Gewalt und für internationale Solidarität!

